



POSITIONEN

11 | 2008

Wolfgang Schüssel

„Die Realität hat die  
kühnsten Träume  
überholt“

5. PETERSBERGER EUROPA-REDE

ISBN 978-3-940955-34-0

[www.kas.de](http://www.kas.de)



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

**Rede von Dr. Wolfgang Schüssel aus Anlass des Jahrestages  
des Petersberg-Abkommen vom 22. November 1949  
am 20. November 2007, Steigenberger Grandhotel Petersberg**

INHALT

5 | VORWORT

7 | „DIE REALITÄT HAT DIE KÜHNSTEN TRÄUME  
ÜBERHOLT“

5. PETERSBERGER EUROPA-REDE

*Wolfgang Schüssel*

23 | DER AUTOR

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.*

*© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin*

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.*

*Printed in Germany.*

*Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

*ISBN 978-3-940955-34-0*

## VORWORT

Seit 2003 erinnert die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer Veranstaltung an das Petersberger Abkommen, welches am 22. November 1949 zwischen der Regierung der jungen Bundesrepublik Deutschland unter ihrem Kanzler Konrad Adenauer und den Alliierten Hohen Kommissaren auf dem Petersberg unterzeichnet wurde. Mit dem Petersberger Abkommen war Konrad Adenauer seinem Ziel, die Bundesrepublik Deutschland zum gleichberechtigten und souveränen Partner in der Staatengemeinschaft der „freien Welt“ zu machen, einen wichtigen Schritt näher gekommen. Gleichzeitig symbolisiert es auch eine ganz bewusste Entscheidung Adenauers und seiner Regierung für die europäische und transatlantische Wertegemeinschaft. Der Petersberg ist also ein sehr geeigneter Ort, um wesentliche Zukunftsfragen Deutschlands und Europas zu bedenken und zu debattieren.

Ein Höhepunkt der jährlichen internationalen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zu aktuellen Fragen des Völkerrechts ist die öffentliche „Petersberger Europarede“ geworden.

In den vergangenen Jahren hielten Plädoyers für Europa die Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik in der EU-Kommission und frühere Außenministerin der Republik Österreich, Dr. Benita Ferrero-Waldner, die ehemalige Außenministerin und Europapolitikerin des Königreiches Spanien, Ana de Palacio Vallelersundi, sowie Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, damals als Innenminister des Freistaates Bayern, und schließlich Peter Altmaier, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

Die Reihe mit wegweisender Äußerungen prominenter europäischer Politiker wurde auch 2007 fortgesetzt: Die 5. Petersberger Europa-Rede hielt am 20. November der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Bundeskanzler a.D. Dr. Wolfgang Schüssel.

„Die Realität hat die kühnsten Träume überholt.“ So lautet das Fazit des überzeugten Europäers, der sich in die Traditionslinie der überzeugten und überzeugenden Verfechter Europas stellt, wie seine Rede beweist.

## „DIE REALITÄT HAT DIE KÜHNSTEN TRÄUME ÜBERHOLT“

### 5. PETERSBERGER EUROPA-REDE

*Wolfgang Schüssel*

Danke, lieber Professor Bernhard Vogel für diese wunderbare und freundschaftliche Einleitung.

Ich freue mich sehr, dass ich heute hier auf dem Petersberg bei Ihnen zu Gast sein darf. Mich hat übrigens Klaus Kinkel persönlich hierher chauffiert, mein alter Freund aus gemeinsamen Außenministertagen, den ich vorher privat besucht habe. Wir haben über Europa gesprochen, nicht nur über die guten oder die schwierigen alten Zeiten, sondern auch über die Gegenwart und Zukunft Europas.

Erlauben Sie, dass ich einen ganz anderen Einstieg wage und Sie einlade, mit mir ein kleines Gedankenexperiment zu machen. Sie kennen ja vielleicht die Legende von den christlichen Jüngern in Ephesus. In den Höhlen, wo einst der Apostel Johannes gewesen war und wo Maria in den Himmel aufgefahren sein soll, legten sie sich in der Zeit der Christenverfolgung nieder und schliefen ein. Einige Jahrhunderte später erst sollen sie wieder aufgewacht sein und gesehen haben, was inzwischen passiert war. Sie kehrten in die Höhle zurück, legten sich wieder nieder und schliefen weiter.

Nehmen Sie an, es hätten sich zwei Europäer, der eine in London und der andere in Bukarest, im Jahr 1989 schlafen gelegt und seien im Jahr 2007 aufgewacht. Interessant ist dann schon, diesen Vergleich wirken zu lassen – die Frage nämlich, was sich in London bzw. was sich in Bukarest geändert hat.

Der Brite wird sich wahrscheinlich wundern, dass der Verkehr in der City of London mit ungewohnten Auflagen versehen ist. Die U-Bahn funktioniert zwar noch immer, ist aber in der Zwischenzeit deutlich älter geworden und verkehrt daher weniger gut. Die BBC gibt es noch, aber unter uns gesagt, ist sie etwas schlechter geworden. Die Queen regiert noch immer und hat gerade ihre Diamanthochzeit gefeiert. Die königliche Familie sorgt noch immer für gut gemeinte oder bösartige Schlagzeilen. Natürlich bezahlt man noch mit Pfund Sterling, Cricket wird nach wie vor gespielt, und die alten Aufnahmen der Beatles stehen immer noch hoch im Kurs. Unser Brite wird sich vielleicht wundern, wo die Carnaby Street und die Hippiegeschäfte geblieben sind, aber im Wesentlichen wird er sich zurechtfinden.

Er wird immer noch glauben, dass die britischen Inseln vom Kontinent abgeschnitten sind – und bei Nebel stimmt das ja sogar. Er wird sich nicht wundern, dass die Euroskepsis gepflegt wird, übrigens von den Boulevard-Zeitungen in einer unglaublichen Art und Weise, die wir uns auf dem Kontinent nicht vorstellen können. Dies erklärt natürlich auch, weshalb britische Politiker das Thema Europa manchmal vorsichtig, ja fast wie mit Asbesthandschuhen, anfassen. Wer auch immer in London an der Regierung ist, muss sich hier sehr, sehr behutsam bewegen. Aber unser Londoner Langschläfer wird sich im Wesentlichen zurechtfinden.

Vollkommen anders ist die Situation dagegen in Bukarest: Was wird sich der wieder erwachte Rumäne denken, wenn er feststellt, dass die Regierungen ständig gewechselt haben? Es gibt nicht mehr nur eine Partei, sondern geradezu eine Unzahl von Parteien. Oft wechseln sie von Wahl zu Wahl. Er wird darauf stoßen, dass das Sozialsystem umgebaut und eine Marktwirtschaft eingeführt worden ist. War es nicht genau dieses System, vor dem immer gewarnt wurde und das jetzt plötzlich flächendeckend gilt? Er erfährt, dass sein Land Mitglied der NATO und seit kurzem auch der Europäischen Union geworden ist. Er nimmt taumelnd zur Kenntnis, dass er ohne allzu große Beschränkungen ins Ausland fahren kann, dass es dort in vielen Ländern eine gemeinsame Währung

gibt, den Euro, der irgendwann einmal auch in seinem Land eingeführt werden soll. Und in den Zeitungen, die früher stromlinienförmig einheitlich berichtet haben, herrscht jetzt bunte Vielfalt.

Fernsehkänae, Satellitenzugang und Werbung folgen nicht dem politischen Plan. Die Straßen sind verstopft mit dem üblichen Stau. In Supermärkten kann man zu allen möglichen Zeiten alles Mögliche kaufen, wenn man das nötige Geld in der Tasche hat.

Sie sehen vielleicht, dass hier in einer ganz, ganz kurzen Zeit, innerhalb einer politischen Generation, eine unglaubliche Veränderung vor sich gegangen ist, die ganz sicher nicht leicht zu verkraften ist. Der Übergang von einem totalitären östlichen in ein europäisches, westliches System ist quasi mit Lichtgeschwindigkeit erfolgt.

Wir Völker im Herzen Europas – also die jüngeren EU-Mitglieder wie wir Österreicher oder die Gründungsmitglieder der Europäischen Union – wir nehmen viel zu wenig zur Kenntnis, was sich hier mental ebenso wie historisch und kulturell Dramatisches ereignet hat.

Das ist wirklich ein Wunder. Martin Luther King hielt eine berühmte Rede: „I have a dream“, und er träumte von einer besseren Zukunft. Wir dagegen leben einen Traum. Wenn mir 1989, als ich als junger Wirtschaftsminister ins Amt gekommen bin, jemand prophezeit hätte, ich würde all das erleben, was in diesen nicht einmal zwanzig Jahren tatsächlich geschehen ist, so hätte ich es, ehrlich gesagt, nicht für möglich gehalten. Und dabei bin ich immer ein glühender Optimist gewesen.

Eigentlich hat die Realität unsere kühnsten Träume überholt: die deutsche Wiedervereinigung, der Beitritt der Zehn und in diesem Jahr derjenige von Bulgarien und Rumänien, die Einführung des Euro, die enorme Verdichtung auch im wirtschaftlichen Bereich – die Union von heute ist nicht mehr vergleichbar mit der EG vor 20 Jahren. Wir haben eine völlig andere Qualität der Integration und nicht nur eine Erweiterung. Aber wir nehmen dies als selbstverständlich hin und verstehen nicht, dass sich vielleicht manche Menschen mit diesen Veränderungen schwer tun, auch in unseren eigenen Ländern.

Wir sind schnell unterwegs, wahnsinnig schnell, in manchen Bereichen vielleicht sogar zu schnell. Dabei vergessen wir gelegentlich, dass wir

auch die anderen, das Volk, immer mitnehmen müssen. Ein guter Führer ist nicht einer, der am Horizont verschwindet, sondern einer, der seine Mitarbeiter, seine Gefolgsleute und sein Volk wirklich mitnehmen kann. Das ist ein Punkt, den wir sehr ernst nehmen müssen.

Ich kann für uns jedenfalls dieses kleine Wunder erläutern. Wir haben schon seit 1945 eine ausgezeichnete wirtschaftliche und politische Entwicklung genommen. Aber der Turbo, der Umstieg von einer einmotorigen Propellermaschine zu einem zweistrahligen Düsenjet, hat eigentlich mit zwei Entwicklungen zu tun, die beide im Jahr 1989 begonnen haben.

In diesem Jahr wurde der österreichische Beitrittsantrag in Brüssel abgegeben, ich werde das nie vergessen. Der legendäre Alois Mock, der noch immer lebt, dem es aber leider gesundheitlich nicht so gut geht, hat damals um diesen Beitritt gekämpft. Wir waren das erste EFTA-Mitglied, das diesen Beitrittsantrag abgegeben hat. Bei meiner ersten EFTA-Tagung wurde ich danach als Verräter beschimpft. Ich war erst ganz kurz in der Regierung und wusste nicht, wie mir geschah. Aber die Finnen, die Schweden und die Norweger waren ein paar Wochen später auch da. Alois Mock jedoch war tatsächlich der Eisbrecher in dieser Situation.

Im Herbst 1989 hat de facto der sanfte friedliche Fall des Kommunismus, des Eisernen Vorhangs, begonnen. Was er bedeutete, können nur die Deutschen und wir Österreicher verstehen. Wir sind nicht getrennt durch die gemeinsame Sprache, sondern verbunden durch ein gemeinsames Schicksal. Wir haben beide eine ungefähr gleich lange Grenze mit Osteuropa, 1.200 bis 1.300 Kilometer, hier verlief der „Eiserne Vorhang“. Unsere Länder sind zerrissen gewesen. Österreich hatte in der Ersten Republik mehr Handel mit der Tschechoslowakei als mit Deutschland. Und dann wurden diese Adern, wurde dieser Blutkreislauf dramatisch und brutal unterbrochen. Plötzlich war fast die Hälfte unseres Landes umgeben von Minenfeldern, Todesstreifen, Maschinengewehrnestern, und es ist jede Woche etwas passiert.

Ich bin 1979 das erste Mal ins Parlament gewählt worden. Ich bin zwar Wiener, aber durch einen Zufall der Wahlkreiseinteilung des Restmandatsverfahrens wurde mir dann das nördliche Waldviertel zugeteilt. Also ich, ein Wiener, der im Waldviertel bisher nie etwas zu tun gehabt hatte, bin dann in Wirtshäusern auf den Tisch gestiegen und habe skeptische Bauern überzeugen müssen, dass es vielleicht nicht ganz so sinnlos ist, wenn wir in Richtung Europa und Richtung Westen schauen. Es

war für mich eine unglaublich wichtige Lehrzeit. Jeden Monat, jede Woche ist irgendein kleinerer oder größerer Grenzzwischenfall passiert. Nur die Deutschen und wir verstehen, was dies bedeutet.

In den Bereichen Europäischer Wirtschaftsraum, politische Macht, Euro, sind wir gut aufgestellt. Einige weitere spannende Fragen treten jetzt immer stärker hervor: Zum Beispiel hat sich in dem ganz wichtigen Bereich der Normensetzung, der Festsetzung von Standards, Europa mittlerweile so positioniert, dass wir die Amerikaner überholt haben. Und das ist nicht unbedeutend, denn die Frage, welche Stoffe etwa in einem bestimmten Kinderspielzeug enthalten sein dürfen, hat die Europäische Union durchgesetzt.

Das Verbot von Tierversuchen bei der Entwicklung von Kosmetika kommt ebenso von der EU wie das Verbot von krebserregenden Substanzen in Lippenstiften. Dankbar haben es letztlich die Produzenten der Welt aufgegriffen. Ihnen ist es immer lieber, wenn ein ganz Starker entschlossen vorangeht und damit den Kurs angibt.

Allmählich wird die amerikanische Industrie unruhig. Sie macht ihrer Regierung schon Vorwürfe, wieso sie eigentlich zulässt, dass langsam aber sicher in den Bereichen des Standardsettings und der Normenkontrolle die Europäer dank der Kommission eine immer stärkere Position einnehmen. Was hier entsteht, ist spannend und kann letztlich zu einem Standortvorteil für uns werden. Daher glaube ich, dass dieser in der Öffentlichkeit kaum beachtete Punkt eine sehr große Bedeutung hat.

Wir müssen als globaler Akteur unsere Kräfte bündeln. Wir werden von außen viel wichtiger genommen, als wir uns oft selbst nehmen. Daher ist der Afrika-Gipfel, der in wenigen Wochen stattfinden wird, von großer Bedeutung. Afrika ist ein Kontinent, der extreme Probleme aufweist, extreme Verwerfungen und politische Instabilität. Auf ihm lastet schwer die alte koloniale Vergangenheit mit all ihren furchtbaren Folgen, die noch immer nachwirken. Aber Afrika ist gleichzeitig ein ungeheuer reicher Kontinent. Es ist schon interessant, wie die Chinesen in den letzten Jahren diesen Kontinent systematisch durchforstet haben. Von den fünf höchstrangigen Mitgliedern der chinesischen Führung gehen jedes Jahr zwei bis drei auf Reisen. Sie fahren für zehn oder vierzehn Tage nach Afrika und besuchen methodisch der Reihe nach die Länder dieses Kontinents.

Wir brauchen die europäische Präsenz, wo es noch die klassischen Verbindungen gibt. Merkel hat begonnen, Afrika zu thematisieren, auch Sarkozy. Afrika muss ein wichtiges Thema für die Zukunft sein, denn der Kontinent liegt vor unserer Haustür. Die Amerikaner kümmern sich kaum darum, sie können es auch nicht so leicht. Die Russen sind letztlich dort nicht mehr der dominante Partner. Unsere Präsenz muss viel stärker werden. Wir sind schließlich der größte Entwicklungshelfer und der größte Wirtschaftspartner dieser Region. Daher, auch wenn das in der europäischen Öffentlichkeit nicht immer so verstanden oder als bedeutsam angesehen wird, halte ich es für ein zentrales Anliegen, wirtschafts- und auch außenpolitisch gemeinsame vernetzte Strategien zu entwickeln.

Und dies ist das Wichtigste: dass wir nicht isoliert ein Thema nach dem anderen in Fachministerräten behandeln, sondern dass wir sie zusammenführen und ganzheitliche Konzepte entwickeln. Es muss eben die Wirtschaft mit der Außenpolitik, mit der Sicherheitspolitik oder mit dem neuen Thema der Energie- und Klimapolitik vernetzt und verbunden werden.

Der neue Vertrag der EU ist kein epochales neues Werk, er ist eher eine normale Weiterentwicklung der bisherigen Verträge. Der Verfassungsanspruch war möglicherweise ein bisschen zu hoch gegriffen.

Aber es war natürlich ein Projekt, das ein wenig aus der romantischen Epoche der Frankfurter Paulskirche abgeleitet gewesen ist: Hundert der klügsten Menschen kamen zusammen, dachten nach und schufen gemeinsam eine Verfassung, Symbole, eine Charta der Grundrechte – und Europa erhebt sich als Riese, ist vom Zwerg sofort zum Riesen hochgewachsen. Das hat natürlich mache überfordert, hat genau die Skepsis befördert, die permanent besteht - übrigens gerade in föderal organisierten Ländern wie Deutschland, Österreich oder Belgien, aber auch in anderen, z.B. in Holland und Frankreich.

Wir wollen keinen europäischen Superstaat. Wir wollen Kooperation, echte Integration, Erweiterung und Vertiefung. Aber niemand will die Superbürokratie, sondern vielmehr das Prinzip der Subsidiarität. Konrad Adenauers christlich-soziale Lehre ist ein urheiliges Prinzip nicht nur in unseren Nationalstaaten, wo es gelebt werden muss. Es muss immer wieder erkämpft und eingefordert werden, von den zentralen, den nationalen Regierungen sowie von der Europäischen Union.

Es stellt sich die Frage, ob wir das Projekt bezüglich des Verfassungsanspruchs nicht überfordert haben. Dies gilt auch für die explizit verankerte Frage des Vorrangs des europäischen Rechts, worüber man durchaus juristisch feinsinnig debattieren könnte. Natürlich ist dieses Problem nicht wirklich ausgestanden. Manche Skepsis von Bevölkerungen und Juristen muss man ernst nehmen - und ich sage das als glühender Europäer.

Als ich vor einiger Zeit in Frankfurt am Main eine Rede für Hans-Gert Pöttering hielt, war dort das große Thema die Frage der Äpfel, Äpfelwoi, – die Bezeichnung Apfelwein. Wein sollte nur noch ein Getränk sein, das aus Trauben gekeltert wird. Heute können wir über die Aufregung schmunzeln. Nur die Frage bleibt, warum das wirklich zentraleuropäisch geregelt werden muss. Warum lässt man nicht diese Größe, diese Flexibilität, dass lokale Bezeichnungen lokal sein müssen?

Heute steht im *Economist* ein ganzseitiger Artikel über Rumänien. Dort gibt es die Tradition, dass zu Weihnachten in den Hinterhöfen, auch in den Städten, Schweine selbst geschlachtet werden, damit man den Schweinebraten – den Weihnachtsbraten – hat. Die EU verbietet genau diese Privatschlachtungen, denn es muss alles hygienisch sein. Der Wunsch der Rumänen nach einer Ausnahmeregelung, wie sie auch für muslimische und jüdische Rituale vorgesehen ist, ist abgelehnt worden. Ausnahmeregelungen werden nur für religiöse, nicht aber für traditionelle Gewohnheiten genehmigt. Es stellt sich die Frage, warum das so ist.

Oder warum müssen die Finnen auf ihre Jahrhunderte alte Tradition verzichten, ihre Zweithäuser, es sind kleine Katen, mit Teer, Stroh und Schilf abzudecken? Das ist ein Verstoß gegen eine europäische Umweltschutzbestimmung. Das mag alles begründbar sein, aber ein bisschen mehr Flexibilität, ein wenig mehr Lockerheit wäre doch möglich. Natürlich liegt so etwas uns Österreichern, das gebe ich freimütig zu. Bei uns setzt man eine Vorschrift nicht sofort und zu 120 Prozent um, sondern man liest sie zuerst einmal und fragt, ob sie eigentlich gescheit ist. Danach kann man überlegen, in welcher Form man sie präzisiert.

Ich war früher Mitglied der Katholischen Studierenden Jugend. Wir sind nach Frauenkirchen gewallfahrtet und haben Kreuze am Eisernen Vorhang aufgestellt und gebetet. Ja, es ist ein Wunder, dass dieser Vorhang so überzeugend friedlich aufgegangen ist.

Wir müssen auch verstehen, dass vieles, was für uns selbstverständlich geworden ist, dies für andere nicht ist. Gerade für die Ungarn, Tschechen, Slowaken, Polen, Balten, Bulgaren und Rumänen ist es ein unglaublich langer Weg. Daher tun sie sich auch mit manchen Dingen schwer, die uns längst vertraut sind.

Übersehen wir nicht, dass der zu Anfang beschriebene Doppelturbo für uns – und natürlich auch für die Deutschen – enorme wirtschaftliche Chancen gebracht hat. Wir reden alle immer von der asiatischen Herausforderung. Aber Slowenien ist ein größerer Absatzmarkt für österreichische Exportartikel als Japan. Das kleine Kroatien kauft uns Österreichern mehr Produkte ab als China.

Daher empfehle ich uns Bescheidenheit. Nehmen wir die Kleinen ernst, denn sie verdienen es. Und übersehen wir nicht, dass zwei Drittel unseres Handels innerhalb der Europäischen Union erfolgt. Wir selber sind eine der ganz wenigen wirtschaftlichen Kräfte, die aus eigener Kraft eine Konjunktur erzeugen, erhalten oder weiterentwickeln können. Ich glaube daher, dass diese Erweiterung eine ganz faszinierende Dimension hatte. Ihre Wirklichkeit hat letztlich uns allen, auch unseren Bürgern, unglaublich gut getan.

Als ich junger Wirtschaftsminister war, exportierte Österreich Güter im Wert von 31 Milliarden Euro, heute liegen wir bei 115 Milliarden Euro, also eine Explosion.

Rumänien ist das Beispiel, dass ich erwähnt habe. Unsere Exporte dorthin haben wir verzehnfacht. Wir Österreicher haben von Anfang an ganz bewusst auf diese Schiene gesetzt. Wir haben quasi Hongkong vor der Haustür. Das sind Märkte, die eine mindest doppelt so hohe Wachstumsrate haben wie wir selbst. Da müssen wir hinein. Als Wirtschaftsminister habe ich damit begonnen, indem wir Manager trainiert haben. Wir hatten nicht viel Geld, aber ich habe meine Freunde in der Wirtschaftskammer davon überzeugt, ein gemeinsames Programm zu machen. Das war ein Riesenerfolg: 50.000 Manager wurden trainiert, und im Ergebnis ist heute Österreich der wichtigste Investor in fünf der neuen Mitgliedsländer.

Und es nützt uns natürlich auch zu Hause: Wir haben keinen Abfluss an Arbeitskräften, sondern wir haben in Wahrheit genau dadurch sehr profi-

tiert. Wir haben 1.000 europäische Headquarters, die Mittel- und Osteuropa von Wien aus betreuen. Das wird sich irgendwann einmal ändern. Das ist auch notwendig und richtig so, denn wir dürfen nicht stehen bleiben. Wir haben am Anfang unsere unmittelbaren Nachbarn betreut, wie die Deutschen ja auch, mit der Integration der neuen Bundesländer. Dies war eine ähnlich gigantische Aufgabe, die euch wunderbar gelungen ist.

Nach Polen haben wir im nächsten Schritt auf den Balkan gesetzt: Kroatien, Serbien, Bulgarien und Rumänien. Danach könnten Ukraine, Russland, Zentralasien und der Kaukasus folgen. Das sind Themen, die wir uns ganz systematisch vornehmen müssen.

Und dann ist auch die Europäische Union selbst ein Thema, dessen wir uns annehmen müssen. Wir sind ja keineswegs perfekt, da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Ich rede aus voller Überzeugung, aber ich sehe auch, dass die Sache Europas, die Causa, lange nicht so populär und beliebt ist, wie ich es gern hätte. Wenn Sie das Eurobarometer studieren, sehen Sie die Skepsis, der dieses Projekt begegnet.

Den jungen Leuten können Sie heute nicht mehr sagen, die Europäische Union sei *das* Friedensprojekt. Sie müssen sie zwingen, die Kriegerdenkmäler auf den Dorffriedhöfen anzuschauen. Dort stehen die Namen eines Viertels der Dorfjugend, die sinnlos und umsonst im Ersten und im Zweiten Weltkrieg gestorben sind. Wir müssen die heutige Jugend damit unmittelbar konfrontieren.

Vielleicht bringen wir dann das Thema „Friedensprojekt Europäische Union“ wieder zum Tragen oder sogar zum Fliegen. Aktuell ist keine Luft mehr unter den Flügeln.

Wir müssen Europa neu begründen, und zwar mit Themen, die jeder verstehen kann. Denn die Union ist in Wahrheit größer, als wir oft selbst glauben. Wir sind immerhin nach China und Indien die drittgrößte Macht der Erde mit fast 500 Millionen Menschen. Wir sind die stärkste Wirtschaftsmacht und haben mit dem Euro eine klassische Währung aufgebaut. Heute werden bereits ungefähr dreißig Prozent der Weltwährungsreserven in Euro abgerechnet.

Auf der OPEC-Tagung fand diese unglaublich komische Verbrüderung von Chávez und Ahmadinedschad statt. Aber das Interessante ist natürlich,



dass jetzt alle nachdenken, ob sie eigentlich beim Dollar noch bestens aufgehoben sind. Weil man verstanden hat, dass uns der Euro sehr geschützt hat vor einem Teil der Auswirkungen etwa der Öl- und Gaspreisanstiege. Und sie überlegen, ob sie nicht langsam umsteigen und quasi einen Teil in Euro anlegen sollten.

Ich bin sehr zufrieden mit der jetzigen Situation. Man sieht, dass sich unsere Strategie, einen starken, glaubwürdigen Euro zu entwickeln, absolut bewährt hat, was gar nicht so selbstverständlich war. Der Eröffnungskurs lag bei knapp 1,18 US-Dollar, dann sind wir drastisch abgefallen auf 67 Cent, und aktuell ist der Euro fast schon bei 1,50 angelangt.

Das ist eine spannende Geschichte, aber es erfordert Mut und Festigkeit, so etwas durchzustehen. Und man muss auch, das meine ich ernst, der EZB die Unabhängigkeit absolut belassen. Politische Interventionen und Zurufe sind völlig sinnlos. Einen Dialog über wirtschaftspolitische Strategien befürworte ich jederzeit! Doch die Unabhängigkeit der EZB ist in unser aller Interesse, muss von uns Deutschen, Österreichern und den Ländern, die das auf ihre Fahne geschrieben haben, auch unbedingt bewahrt werden.

Wie Bernhard Vogel zu Recht gesagt hat, soll nicht die EU Österreich beitreten. Aber ich finde ein bisschen Flexibilität ist in allen solchen großen Institutionen lebensnotwendig. Sie können eine große Firma nicht nur mit Hilfe einer Geschäftsordnung führen. Ich bin seit mehr als zwölf Jahren Parteiobermann, aber ich habe mir nie mein Statut angeschaut. So kann man eine große Partei mit 500.000 bis 600.000 Mitgliedern nicht führen. Man muss immer Fingerspitzengefühl haben und die Radarrohren aufsperrten, um zu sehen, was geht und was nicht. Wenn ich weiß, warum etwas nicht geht, muss ich schauen, ob es einen Umweg zum Ziel gibt, und wen ich überzeugen muss. Das müsste die Europäische Union auch schaffen.

In Wahrheit ist ja diese Union, wenn Sie mir den Vergleich erlauben, ein bisschen in der Situation, wie damals Österreich-Ungarn, aber natürlich in einer ganz anderen Zeit, und von einer ganz anderen Größe. Dieser Vergleich stammt von Wess Mitchell, einem dreißig Jahre alten amerikanischen Historiker. Man sollte ihn durchaus ernst nehmen.

Das große Österreich-Ungarn hatte immerhin über fünfzig Millionen Menschen, was angesichts der damals viel geringeren europäischen Bevölkerungszahlen gewaltig war. Es hatte immerhin fünfzehn offizielle Sprachen und natürlich eine Fülle von Nationalitäten unterzubringen. Und dazu ein unerhört raffiniertes System von Problemen und Problemlösungsstrategien entwickelt, die durchaus dem ähneln, was wir in der Union ebenfalls andauernd machen.

Dort wurde alle zehn Jahre ein riesiger Finanzausgleich verhandelt. Die Union macht es halt alle sieben Jahre. Aber es war nichts anderes. Es war das ganz große Projekt, in dem man versuchte, die reicheren Regionen dazu zu bringen, den ärmeren Regionen im Land etwas abzugeben. Also diese Kohäsion, dieser Zusammenhalt, dieser Solidaritätsfonds, das ist eigentlich eine uralte Idee, die ganz gut funktioniert hat.

Der Schutz der Minderheiten hat gerade in der österreichisch-ungarischen Monarchie eine besondere Bedeutung gehabt.

Wie auch immer, das Erzhaus Habsburg wurde als Schutzherr der Minderheitsrechte betrachtet. Das muss die Union auch schaffen. Sie darf nicht Direktorium einiger weniger Großer sein. Churchill hat den Beitrag der Kleinen, auch der Kleinsten ernst genommen. Luxemburg, Malta, oder Zypern – jedes Land hat etwas beizutragen. Nur wenn wir das verstehen, sind wir letztlich auch überlebensfähig.

Die österreichisch-ungarische Monarchie ist meiner Meinung nach an zwei Dingen gescheitert, und das sah auch Wess Mitchell sehr genau. Erstens einmal: Sie hatte am Schluss nicht mehr die Kraft für innere Reformen. Das ist ein Punkt, den wir sehr ernst nehmen müssen. Ist diese Union, zu der es für mich keine Alternative gibt, reformfähig genug, flexibel genug, lebendig genug? Haben wir genug Feuer, um andere zu entzünden oder sind wir nur mehr Asche? Bewahren wir sozusagen in der Urne, was uns Schuman und Monet und andere gelehrt haben? Das ist ein wichtiger Punkt.

Sind wir überhaupt noch in der Lage, diese Idee zu transportieren? Sind wir in der Lage, auch auf die neuen Herausforderungen der Zeit zu reagieren? Diese neuen Herausforderungen sind gewaltig. Österreich-Ungarn hat es nicht mehr geschafft. Damals haben wir uns zu sehr einem der großen Nachbarn angenähert, nämlich Deutschland. Was natürlich

zur Folge gehabt hat, dass damit die Mittlerrolle, die das Herrscherhaus und die Regierung zwischen den verschiedenen Nationalitäten eingenommen hatten, nicht mehr funktionierte.

Wir haben die Amerikaner auf der einen Seite, die Russen auf der anderen Seite. Damit ich nicht missverstanden werde: Das ist keine Distanz. Es sind aber natürlich unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Prioritäten, und wir müssen sehen, dass wir gerade, ich komme zum Eingangsbeispiel zurück, auch die Sorgen und die Sensibilitäten der neuen Mitgliedsländer unbedingt berücksichtigen müssen.

Sie haben historische Gründe, etwa eine russische Hegemonie nicht zu wollen, wie vielleicht etwa in Deutschland, in Österreich und in anderen Ländern auch eine starke Aversion gegen amerikanische Hegemonie vorhanden sein mag. In manchen Bereichen ist das durchaus verständlich. Aber wir müssen als Europäer hier eine gemeinsame Linie entwickeln. Das ist sehr, sehr schwierig. Denken Sie nur jetzt an das Kosovo.

Nur eines sage ich Ihnen voraus: Wenn wir es nicht fertig bringen, eine gemeinsame Stimme für die wichtigen Fragen der Welt zu entwickeln, Außenpolitik, Energiepolitik, Klimaschutz, dann wird die Europäische Union nicht für ewig ein „Global Actor“ sein können. Dann wird sie halt irgendeine Freihandelsassoziation sein, die zum wechselseitigen Wohlfinden und zum wechselseitigen Export von Waren, Dienst- und Finanzleistungen funktioniert.

Aber es ist nicht das, was wir eigentlich brauchen, was die Welt von uns letztlich erwartet. Daher nochmals: Die Angleichung des Wohlstandes ist großartig gelungen. Irland, das früher das Armenhaus war und heute die Nummer Eins in der Rangliste Pro-Kopf-Reichtum, ist ein Superbeispiel.

Aber auch für uns bitte. Wir haben in Österreich immer wieder diese Diskussion Nettozahler und Nettoempfänger. Es ist wahr, natürlich sind wir Nettozahler und es ist wahr, dass wir zwanzig Milliarden Euro in den letzten Jahren nach Brüssel bezahlt haben. Aber es ist ebenso wahr, dass wir fast neunzig Prozent zurück geholt haben. Wir haben siebzehn Milliarden aus Brüssel für ländliche Raumentwicklung, für die Forschung, für die sozialen Einrichtungen zurück geholt und dazu noch kofinanziert über Bund und Länder. Wir haben etwa ein Modernisierungsprogramm im Rah-

men von vierzig bis 45 Milliarden Euro aufstellen können. In Deutschland wird die Dimension wohl etwa das Zehnfache sein. Das hätte es sonst nicht gegeben. Nur bei uns weiß kein Mensch, dass das so ist.

Die gesamte Entwicklung der Steirischen Thermenregion oder die Entwicklung der Burgenländischen Weinwirtschaft sind Sensationserfolge. Das weiß kein Mensch, dass all dies letztlich nur durch die Europäische Union ermöglicht wurde.

Die Erfolgsgeschichte der Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen: Wir haben unsere Forschungsausgaben in den letzten sieben Jahren verdoppelt. Ermöglicht wurde dies unter anderem durch die Union. Wir holen uns schon mehr als 100 Prozent aus den Forschungstöpfen der Europäischen Union zurück. Jetzt wird eine Entscheidung in der Kommission über die Finanzierung des Brennerpasses benötigt. Das sind alles Dinge, die europäisch letztlich erzwungen und ermöglicht worden sind, und über diese ganz konkreten Dinge sollten wir auch mit den Bürgern viel mehr reden. Wir sollten in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen und eine kohärente vernetzte Politik in allen Bereichen entwickeln.

Europa muss erklärt werden. Das geht nicht mit dem „Eurospeak“, das nur Diplomaten und Europapolitiker verstehen: Konvergenz, Kohäsion und Kosmetologie – kein Mensch versteht uns, wenn das so bleibt. Ich spreche zwar diese Sprache auch perfekt, aber kein normaler Mensch versteht es, wenn man anfängt, so zu sprechen.

Wir müssen die Dinge wieder herunter brechen und den Menschen sagen, was eigentlich alles geschehen ist. Dass es einen europäischen Notruf gibt, 112, den jeder Bürger, wo immer er ist, wählen kann, und er damit Zugang zur Polizei oder zu Notrufeinrichtungen hat. Dass die Europäische Union die Auslandstarife, die Roaming-Gebühren, praktisch halbiert hat. Dass die Europäische Union es heute mit ihren GSM-Standards geschafft hat, dass achtzig Prozent der Welt nach unseren Handystandards telefoniert. Dass wir in der Lage sind, über die Kommission die Badeseequalität oder die Küsten zu kontrollieren, damit die Menschen sicher sein können. Dass Konsumentenschutz eben nicht nur eine leere Formel, sondern gelebte Realität ist. Dass uns – und das halte ich persönlich für eine der wichtigsten Funktionen überhaupt – dieses Europa schützt und nützt.

Diese Doppelfunktion halte ich für ganz entscheidend. Dass jeder europäische Bürger, wo immer er auf der Welt ist, den konsularischen Schutz jeder einzelnen EU-Einrichtung, jedes einzelnen Mitgliedsstaates in Anspruch nehmen kann. Dass wir jetzt seit neun Wochen das SIS „one for all-System“ in Gebrauch haben, das „Schengen Information System“ SIS „one for all“. Es sind in den letzten Wochen bereits 750.000 Daten eingegeben worden.

Im Ergebnis haben wir bereits 370 Treffer und immerhin dreißig Verhaftungen in den alten Mitgliedsstaaten. Wir Österreicher, wir kleinen Österreicher haben bereits fünfzig Treffer und zehn Verhaftungen vornehmen können. Diese Treffer bedeuten, dass gestohlene Autos gefunden worden sind, dass man Kinderschänder erwischt hat, dass Serieneinbrecher dingfest gemacht wurden, und so weiter. Das ist eine faszinierende neue Welt, die sich in dieser Verbrechensbekämpfung abzeichnet. Wir müssen es aber den Menschen sagen.

Ich bin überzeugt, die wenigsten Menschen haben Kenntnis von diesen notwendigen und wichtigen Dingen. Ich bin auch überzeugt, wenn wir die Bürger fragen würden, „Wo wollt ihr mehr und wo weniger Europa?“, dann werden sie sagen: weniger Vorschriften, aber mehr Kooperation in der Außenpolitik, in der Verbrechensbekämpfung, in der Sicherheitspolitik, in der Verteidigungspolitik.

Mir tut es natürlich um die Symbole leid, weil Symbole wichtig sind. Ich denke mir, dass das Werk von Beethoven, genommen aus der 9. Sinfonie, die er übrigens in Wien – wo sonst? – komponiert hat, eine Ode an die Freude und nicht an den Frust ist. Eine Ode an die Freude. Dass dies jetzt gestrichen ist, finde ich schade. Übrig geblieben ist als einziges Symbol der Europäischen Union jetzt der Geldschein und die Münze. Sie werden es natürlich genau wissen: Das Design ist „Made in Austria“, von einem österreichischen Designer.

Aber ich als Christdemokrat finde es schade, dass das einzige Symbol im Vertrag das Geld ist. Die Monetarisierung Europas ist eigentlich nicht das, was ich mir erwarte. Man muss Europa nun zwar nicht eine Seele geben, ich glaube nicht, dass Europa eine Seele hat. Ich glaube, dass wir versuchen müssen, letztlich alle Dimensionen in dieser Europäischen Union mit Leben zu erfüllen.

Ronald Asmus hat ein wunderbares Wort geprägt: „Europa hat nur zwei Möglichkeiten: entweder die Balkanisierung oder die Verschweizerung.“ „Balkanisierung“ heißt natürlich permanente Konflikte und permanente Kämpfe gegeneinander, wenn wir auch mit Hilfe der Europäischen Union hoffen, diese demnächst zu überwinden. „Verschweizerung“ bedeutet, dass wir einfach die Sprachen, die Vielfalt, z.B. der Religionen und der Kantone, lieben und achten lernen. Die Schweiz hat mit 26 Kantonen und Halbkantonen fast soviel Mitglieder wie die Europäische Union mit jetzt 27. Also ganz falsch ist das Modell nicht. Wie gesagt, die Schweizer gehören in Gedanken zu uns. Aus unerfindlichen Gründen hat das Volk ja schon zum EBR nein gesagt, daher wird an der westlichen Grenze Österreichs trotzdem eine gewisse Distanz, aber mit freundschaftlicher Verbundenheit erhalten bleiben.

Ich freue mich sehr, dass ich bei Ihnen sein durfte. Ich bin überzeugt, in der Diskussion haben Sie ganz andere Fragen, Wünsche, Beschwerden und Anregungen, als ich sie vorgebracht habe.

## DER AUTOR

*Dr. Wolfgang Schüssel, geboren 1945 in Wien, Jurastudium mit Promotion, 1979 bis 1989 Mitglied des Nationalrates, 1989 bis 1995 Wirtschaftsminister, 1995 bis 2007 Bundesparteiobmann der ÖVP, 1995 bis 1999 Außenminister und Vizekanzler, 2000 bis 2007 Kanzler der Republik Österreich, seit 2007 Klubobmann des Parlamentsclubs der ÖVP.*